

Was wir fordern

Alle Bürgerinitiativen richten einvernehmlich folgende Forderungen an Politik und Wirtschaft:

- 1. Verbesserte Gesetze zum Schutz der Bevölkerung – insbesondere einklagbare Lärmobergrenzen.**
- 2. Ein absolutes Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr (gesetzliche Nacht)**
- 3. Deckelung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr**
- 4. Verursachungsgerechte Umlegung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie und Rücknahme von Subventionen**
 - ▶ zügige und unbürokratische Erstattung von Aufwendungen für Schallschutzmaßnahmen
 - ▶ Erstattung von Wertverlusten bei Immobilien (Keine finanziellen Sonderopfer für Immobilienbesitzer)
 - ▶ Beteiligung an den Gesundheitsfolgekosten (keine Sozialisierung über die Krankenkassen)
- 5. Verantwortungsvoller Umgang mit der Mobilität**

Wir brauchen ein nachhaltiges Gesamtmobilitätskonzept
- 6. Schließung der raumunverträglichen Nord-West Landebahn**



Der Flughafen als unser Nachbar

Es ist uns wichtig, klarzustellen, dass wir **keine Gegner des Flughafens sind!** Wir erkennen die wirtschaftliche Bedeutung eines Flughafens an und möchten mit ihm eine gute Nachbarschaft pflegen. Hierunter verstehen wir:

Gute Nachbarn respektieren die Gesundheit des jeweils Anderen.

- Wir stehen für die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze, soweit entsprechende Investitionen mit dem Recht auf Wohlbefinden aller Anwohner vereinbar sind.
- Jede Form von Emission muss eindeutig gemessen bzw. empirisch ermittelt werden, und wenn als unzumutbar erkannt, zunächst gedeckelt und schließlich reduziert werden.
- Aktive Maßnahmen zum Schutz vor Emissionen haben Priorität über passive Maßnahmen.
- Es muss sichergestellt werden, dass unsere Kinder und wir 8 Stunden erholsam und ungestört schlafen können.
- Wir brauchen unsere Naherholungsflächen.
- Anrainer und Flughafen sind gleichberechtigte Nachbarn.

Gute Nachbarn respektieren das Eigentum des jeweils anderen.

- Im Falle nicht vermeidbarer Schäden steht der Verursacher dafür ein, indem er den Schaden fair und transparent beziffert und umgehend erstattet.

Gute Nachbarn sind ehrlich zueinander

- Wir erwarten ehrliche und auf Fakten basierende Antworten zu (a) Schaffung von Arbeitsplätzen, (b) Ausmaß und Verträglichkeit von Emissionen, (c) Vor- bzw. Nachteile alternativer Verkehrskonzepte. **Zweckpropaganda** wie die Mär vom „Jobwunder“ oder **bestellte Gutachten** „zur Verharmlosung von Risiken“ empfinden wir als Verhöhnung.

v.i.S.d.P. Reinhard Stammwitz*, c/o Verein Stop-Fluglärm e.V., Bischofsweg 12, 60598 Frankfurt/Mai – im Juni 2013

Die Wahrheit zum Flughafenausbau:

Warum wir Bürger zornig sind.

Was wir fordern.

Unsere Argumente!

Jetzt mal ehrlich:
Es reicht!

www.jetzt-mal-ehrlich-es-reicht.de

Warum wir Bürger zornig sind

Wortbruch und Rechtsbeugung

Im Planfeststellungsbeschluss zur Startbahn West von 1971 steht wörtlich: „Die Befürchtung, dass in Zukunft eine weitere Start- oder Landebahn errichtet wird, entbehrt jeder Grundlage. Eine solche Genehmigung wird auf keinen Fall erteilt.“ Noch im Jahr 1981 versprach Ministerpräsident Holger Börner (SPD): „Für diesen Flughafen wird kein Baum mehr fallen.“
Im Jahr 2009 begann die Rodung des Waldes.

Heuchlerische Mediation

Eine echte Beteiligung der Bevölkerung (Behauptung u. a. von Petra Roth/CDU) hat es niemals gegeben, da die Option „kein Ausbau“ nicht existierte. Die Mediation diente ausschließlich dazu, die Bevölkerung ruhig zu stellen, die Reizschwelle für massive Proteste niedrig zu halten und den von der Luftfahrtlobby und der Hessischen Landesregierung gewollten Ausbau durchzuboxen.

Die neue Nord-West Landebahn ist raumunverträglich

Ziel des Ausbaus war die Herstellung eines unabhängigen Betriebes zweier Landebahnen. Im Planfeststellungsbeschluss ist deshalb auch festgeschrieben, dass die Centerbahn nunmehr nur noch mit max. 4% für Landungen eingesetzt werden darf. Deshalb und aus Gründen der Flugsicherheit war es zwingend erforderlich, die Flugrouten insgesamt völlig zu verändern! Trotz unverändertem Flugaufkommen kam es deshalb nach Eröffnung der neuen Bahn von einem Tag zum anderen zu einer massiven Ausweitung unzumutbarer Lärmbelastigung auf dicht besiedelte – vorher nicht betroffene – Wohngebiete.

Die neue Landebahn ist eine Fehlplanung

Die Absicht, den mitten im dicht besiedelten Rhein-Main Gebiet gelegenen Flughafen zu erweitern, ist raumunverträglich. Hinzu kommen berechtigte Zweifel, ob das jetzige Bahnsystem tatsächlich die **geplante Kapazitätserweiterung** erlaubt. Hierauf haben im Planungsstadium u. a. bereits die Pilotenvereinigung Cockpit und die Flugsicherung hingewiesen. Die Planung einer neuen Landebahn erweist sich somit unter **allen** Gesichtspunkten als **eine eklatante Fehlentscheidung**.

Die neue Bahn ist überflüssig

Die Zahl der Flugbewegungen liegt seit Jahren unter dem Höchstwert von 2005 und es spricht vieles (z. B. Verteuerung des Fliegens durch steigende Kerosin Kosten oder die Einbeziehung des Luftverkehrs in den EU-Emissionsrechtshandel, vor allem aber der Bau und Ausbau konkurrierender Hubs an geeigneteren Standorten) dafür, dass dies so bleiben wird.

Die neue Landebahn ist unmoralisch

FRAPORT erwirtschaftet über 60% seiner Gewinne mit seinen Ladenzeilen und duty free shops sowie mit seiner Immobilienvermietung und nicht in seinem Kerngeschäft – der Abwicklung von Flügen, die aus dem Bedarf der Wirtschaftsregion resultieren. **Die Anrainer sollen demnach zu Gunsten einer gigantischen Shopping Mall ihre Lebensqualität und ihre Gesundheit opfern!**

Interessensfilz als Mit-Ursache für Fehlplanung und Raumunverträglichkeit

So ist die FRAPORT AG als Vorhabenträger ein börsennotiertes Wirtschaftsunternehmen, das seinen Aktionären maximalen Gewinn erwirtschaften soll. Zu den Aktionären zählen aber auch mit gut 20% die Stadt Frankfurt und mit 31,5% das Land Hessen, das im Ausbaugeschehen zugleich als Planungs- und Genehmigungsinstanz fungiert. Dies mag mit ein Grund dafür sein, weshalb es zur Genehmigung der raumunverträglichen Landebahn gekommen ist.

Das bestehende gesetzliche Regelwerk schützt den Lärm und nicht die Menschen

Der Planfeststellungsbeschluss zum Flughafenausbau wurde auf Basis des gegebenen gesetzlichen Regelwerkes genehmigt. Fakt ist aber auch, dass dieses die Bevölkerung unzureichend vor Fluglärm schützt. Die Grenzwerte im Fluglärmschutzgesetz sind viel zu hoch, und darüber hinaus lösen sie lediglich passive Schallschutzmaßnahmen und keinesfalls Betriebsbeschränkungen aus und stehen deshalb in offensichtlichem Widerspruch zu den wissenschaftlichen Ergebnissen nationaler und internationaler Studien über die gesundheitsschädigenden Wirkungen von Fluglärm.

Auch wenn die bestehenden Bundesgesetze dies ignorieren, so steht für die WHO, das Umweltbundesamt sowie die Bundesärztekammer fest:

Fluglärm macht krank.

Auf der Website: www.jetzt-mal-ehrlich-es-reicht.de

finden Sie diesen Pocket Guide aber auch die zugehörige ausführliche Broschüre als PDF-File zum Herunterladen und Weiterleiten per E-Mail. Bitte machen Sie hiervon ausgiebig Gebrauch.

Helfen Sie mit, unser Anliegen vor allem im Wahlkampf einheitlich und überzeugend zu thematisieren !

